



Effiziente Energiewende: Fokus auf Kosteneffizienz, Technologieoffenheit und Stabilität

Auf dem Energie-Kongress der Unionsparteien wurde am Dienstagabend das Diskussionspapier „Neue Energie-Agenda für Deutschland“ den rund 300 anwesenden Verbänden vorgestellt. Eine neue Ausrichtung der CDU/CSU Fraktion könnte zukünftig auch Auswirkungen im Umgang mit der Energiewende haben. Stefan Bolln, Vorsitzender des Energieberatendenverbands GIH, erklärt dazu:

„Die aktuellen Schritte hin zu einer kosteneffizienten Energiewende und die Förderung von „Low Hanging Fruits“ befürworten wir, um den Fokus auf den Klimaschutz weiter voranzubringen. Maßnahmen wie Dämmung, Heizungsoptimierung und Wärmepumpen bieten großes Potenzial, um CO₂-Emissionen zu senken – bis zu 50 Prozent Einsparung auch beim Ersatz alter Heizkessel. Investitionen in die Gebäudehülle und neue, regenerative Heiztechnologien leisten darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Senkung von Netzausbau- und Kraftwerkskosten.

Skeptisch sehen wir die Ankündigung der CDU/CSU das Heizungsgesetz rückgängig machen zu wollen, da dies zu massiver Verunsicherung aller Akteure - Bevölkerung, Handwerk, Industrie und Energieberatende – führen würde. Eine Abkehr von der Verpflichtung zu mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien im Heizbereich ist daher unbedingt zu vermeiden. Die Aufweichung der Verpflichtung von Versorgern, Wasserstoffanschlüsse bei Einbau einer Gasheizung zu garantieren und die Einführung von Grüngasquoten im Gasnetz, schätzen wir als absolut kontraproduktiv ein. Dies würde zum Einbau zahlreicher Gasheizungen führen, die heute bereits durch effizientere Wärmepumpen ersetzt werden konnten. Weiter würden die Verbraucher einem großen Kostenrisiko ausgesetzt werden, da Biogase bisher nur sehr teuer hergestellt werden können und nicht absehbar preiswerter werden.

Die Stärkung der Geothermie ist ein positiver Schritt, sich im Bereich der Erneuerbaren breiter aufzustellen, weswegen wir die Erhöhung der förderfähigen Kosten für Erdwärmepumpen in der Bundesförderung (BEG) fordern. Auch einen vereinfachten Zugang für Biomasseheizförderung sehen wir positiv, wenn er auf die verfügbare nachhaltige Biomasse begrenzt bleibt.

Entscheidend bleibt am Ende eine stabile gesetzliche Grundlage: Wir appellieren an die Politik, die Energiewende langfristig und verlässlich zu gestalten und nicht mit jeder neuen Regierung in Frage zu stellen. Nur so ist es auch den Energieberatern möglich,



BUNDESVERBAND
Die Interessenvertretung
für Energieberatende

verlässliche und planbare Arbeit gegenüber dem Kunden zu leisten und gemeinsam die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor langfristig zu senken.“